Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2001)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Erziehungsdirektion

Autor: Annoni, Mario / Luginbühl, Werner

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418414

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

8. Verwaltungsbericht der Erziehungsdirektion

Direktor: Regierungsrat Mario Annoni
Stellvertreter: Regierungsrat Werner Luginbühl

8.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Auf Grund einer Leistungsanalyse der Ämter und des Generalsekretariats, die in den Monaten April bis Juni des Berichtsjahres durchgeführt worden ist, entstand ein Problemkatalog. Dieser dient als Basis für das umfassende Organisationsentwicklungsprojekt, das im November des Berichtsjahres angelaufen ist. Das Projekt strebt eine wirkungsorientierte Bildungsverwaltung mit effizienten und zielorientierten Führungsstrukturen an. Über Leistungen und Arbeitsabläufe soll Transparenz gegen innen und aussen geschaffen werden. Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen werden klar definiert und zugeordnet und ein Bildungscontrolling aufgebaut. Zum Projekt gehören aber auch die Vorbereitung auf ein nachhaltiges Qualitätsmanagement und eine aktive Personalentwicklung. Die Reorganisation erfolgt prozessorientiert, d.h. zuerst werden die Leistungen, dann die Abläufe und am Schluss die Strukturen definiert. Da die Strukturen die Einführung der neuen Verwaltungsführung (NEF) beeinflussen werden, ist vorgesehen, diese zeitgleich mit der Einführungs- und Testphase NEF auf 1. Januar 2003 umzusetzen.

8.2 Berichte der Ämter

8.2.1 Generalsekretariat

Zum Stand der Gleichstellungsarbeiten in den Bereichen Berufsbildung, Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung, Erwachsenenbildung und Hochschulen organisierte die Koordinationsgruppe für Frauenfragen (KG FF ED) eine öffentliche Podiumsdiskussion. An der Herbstveranstaltung legte Dr. Tobias Bauer in seinem Referat aus sozio-ökonomischer Sicht dar, weshalb sich die Familiengründung für Frauen als ökonomische Falle erweisen kann. Brigitte Bachelard stellte den Zusammenhang zwischen staatlich organisierten Kinderbetreuungsangeboten und der Berufstätigkeit von Frauen anhand von Beispielen aus der Europäischen Union her. Zudem organisierte die KG FF ED eine Weiterbildung für Mitarbeitende, die am Projekt New Public Management der Direktion (NPM-ERZ) beteiligt sind. Um die Gleichstellung auf der Direktion in die Vorarbeiten zum NPM einfliessen zu lassen, sind Mitglieder der KG FF ED in allen Teilprojekten und Arbeitsgruppen von NPM-ERZ vertreten. Dalia Schipper, Amt für Hochschulen, hat Marianne Hauser Haupt, Generalsekretariat, in der Leitung des interdirektionalen Koordinationsgremiums «Taten statt Worte» abgelöst.
Zu Beginn des Berichtsjahres orientierte eine Ausstellung im Kornhaus über den aktuellen Stand des Architekturprojekts von Renzo Piano für das Paul Klee-Zentrum. In der städtischen Volksabstimmung wurde den rechtlichen Voraussetzungen sowie den Krediten für den Aufbau des Betriebs mit überzeugendem Mehr zugestimmt. Im März des Berichtsjahr wählte der Stiftungsrat der Stiftung Paul Klee-Zentrum den Generalsekretär der Direktion, Andreas Marti, und Gesamtprojektleiter des Paul Klee-Zentrums per 1. August 2001 zum Gründungsdirektor des Paul Klee-Zentrums. Damit fand die Projektphase in der kantonalen Verwaltung ihren Abschluss.
In Bezug auf die Fahrenden sind erste Schritte für eine Verbesserung der Unterstützungsmöglichkeiten der Gemeinden von Seiten des Kantons unternommen worden.
Der Rechtsdienst verzeichnete im Berichtsjahr 237 Eingänge im Bereich der Verwaltungsjustiz (214). Unter den Eingängen stellte der Bereich Berufsbildung/10. Schuljahr vor dem Bereich Stipendiengesetzgebung und dem Bereich Arbeitsverhältnis Lehrkräfte den grössten Anteil der Beschwerdeverfahren. Im Berichtsjahr konnten 233 (211) Geschäfte erledigt werden. In 138 Fällen wurde das Verfahren ohne Entscheid, d.h. gestützt auf einen Rückzug, wegen Gegenstandslosigkeit oder auf andere Art erledigt. Von den insgesamt 95 durch Entscheid erledigten Beschwerden wurden 25 ganz oder teilweise gutgeheissen. Der Rechtsdienst hat im Berichtsjahr sodann verschiedene Verwaltungsverfahren für die Direktion durchgeführt, Aufsichtsverfahren betreut sowie einzelne Beschwerdeverfahren zuhanden des Regierungsrates instruiert. Er hat zahlreiche schriftliche und mündliche Rechtsauskünfte an Schulbehörden, Lehrkräfte, Eltern und weitere Personen erteilt. Der Rechtsdienst hat sich ferner mit verschiedenen gesetzgeberischen Arbeiten befasst und Gemeindereglemente aus dem Bereich des Schulwesens vorgeprüft.

8.2.2 Amt für Kindergarten, Volks- und Mittelschule

Der Lehrplan Kindergarten für den deutschsprachigen Teil des Kantons ist im Berichtsjahr in Kraft gesetzt worden. Die Einführung und Umsetzung findet flächendeckend in obligatorischen Fortbildungsveranstaltungen statt.
Der Grosse Rat verabschiedete im Herbst die Teilrevision des Volksschulgesetzes vom 19. März 1992 (VSG; BSG 432.210). Die Direktion erarbeitet zurzeit einen Leitfaden zu Artikel 28 «Ausschluss von Schülerinnen und Schülern» sowie ein Konzept zur Umsetzung von Artikel 17 «Integration und besondere Massnahmen». Für das neue Schuljahr mussten zehn zusätzliche Kleinklassen eröffnet werden. Die im Zusammenhang mit der Sanierung des Finanzhaushalts des Kantons getroffenen Sparmassnahmen führten im Bereich der Volksschule zu verschiedenen Protestaktionen seitens der Eltern. Mit der Erhöhung der Mittel für die Schulleitungen konnte ein wichtiger Akzent in Richtung Verbesserung der Schulorganisation und ihrer pädagogischen Verantwortung gelegt werden. Auch die Ergebnisse aus dem Projekt 9. Schuljahr führen zu Qualitätsverbesserungen. Im französischsprachigen Teil des Kantons wurde in den Bereichen Mediation in Schulen und Einführung des Deutschunterrichts ab der dritten Klasse Schwerpunkte gesetzt: Im Rahmen der Coordination romande sind die ersten Schritte für die Erarbeitung eines Rahmenlehrplans (PECARO) unternommen worden. Im Sommer 2001 wurden die letzten Maturitätsprüfungen gemäss der alten Maturitäts-Anerkennungsverordnung und die ersten Prüfungen gemäss dem neuen Reglement durchgeführt. Die Umstellung der gymnasialen Ausbildung konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Evaluation zum neuen Bildungsgang ist im Gange. In Folge der Motionen zur Vorverlegung des Maturitätsprüfungstermins wurde Artikel 9 des Gesetzes über die Maturitätsschulen vom 12. September 1995 (MaSG; BSG 433.11) geändert. Die erneute Kürzung der gymnasialen Ausbildung macht eine Überprüfung des Beginns des gymnasialen Unterrichts notwendig. Das NEF 2000-Pilotprojekt «Seminar im Wandel zum Gymnasium Hofwil» kommt planmässig voran, das Betriebsergebnis des Pilotbetriebs wird im Rahmen der besonderen Rechnung detailliert erläutert. Besondere Aufmerksamkeit wird in Zukunft der Entwicklung des Reportings im zentralen Bereich der Ausbildung gelten. Wegen der fehlenden schweizerischen Rahmenvorgaben konnten noch keine Entscheide über die Zukunft der Diplommittelschulen gefällt werden.

Für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung stand das Berichtsjahr ganz im Zeichen der kantonalisierungsbedingten Neuorganisation der Berufs- und Laufbahnberatungsstellen. Die 18 Berufsberatungsstellen wurden im Zuge der Kantonalisierung zusammen mit der akademischen Berufs- und Studienberatung neu in fünf Beratungsregionen zusammengefasst. In der Folge ging es wesentlich um das Aufbauen und Einüben der Zusammenarbeit der Berufsinformationszentren (BIZ) innerhalb der Regionen und der neuen organisatorischen Abläufe zwischen den verschiedenen beteiligten Stellen der Zentralverwaltung, der Zentralstelle für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, den Regionalleitungen und den einzelnen BIZ-Standorten.
Die Dienstleistungen der Kantonalen Erziehungsberatungsstellen und des Service Psychologique pour Enfants et Adolescents waren ungebrochen gefragt. Generell war eine Zunahme von schwierigen und komplexen Fragestellungen festzustellen. Die Einführung des neuen Zuweisungsverfahrens zum Spezialunterricht wurde kantonsweit abgeschlossen. Im Hinblick auf neue fachliche Aufgaben organisierte die Arbeitsgruppe «Sonderpädagogik» einen Weiterbildungszyklus in neuropsychologischer Diagnostik, der im Jahr 2002 noch weitergeführt wird. Der gesamtkantonale Weiterbildungstag war dem Thema des Rollenwandels in Familien vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels gewidmet.
Die fünf Regionalen Schulinspektorate verzeichneten im Berichtsjahr insgesamt 225 (Vorjahr 194) Eingänge im Bereich der Verwaltungsjustiz. Den grössten Anteil der Beschwerdeverfahren stellte der Bereich der Schulorganisation (Zuteilung zu Schulen, Klassen, Unterricht, Lehrkräften) vor den Bereichen Schullaufbahnentscheide und Übertritte. Ende des Berichtsjahrs waren noch vier Beschwerden hängig. In 119 Fällen wurde das Verfahren ohne Entscheid, d.h. gestützt auf einen Rückzug, wegen Gegenstandslosigkeit oder auf andere Art erledigt. Von den insgesamt 102 durch Entscheid erledigten Beschwerden wurden 34 ganz oder teilweise gutgeheissen.

8.2.3 Amt für Berufsbildung

Das Jahr 2001 war geprägt von der Umsetzung der neuen Berufsbildungsgesetzgebung. Die kantonalisierten Berufsschulen mussten in die komplexen Abläufe der Kantonsverwaltung integriert werden. Die noch nicht abgeschlossene Übernahme der Liegenschaften von den Gemeinden und die ausstehenden Mietverträge brachten für alle Beteiligten einen zusätzlichen Koordinationsaufwand. Die berufsvorbereitenden Schuljahre sind am 1. August 2001 integriert in kantonale Berufsschulen erfolgreich gestartet. Eine Evaluation dieser Neuerung ist in Vorbereitung. Während die Angleichung der Schulgebühren im Bereich der beruflichen Weiterbildung zu einer Attraktivitätssteigerung dieser Bildungsangebote führt, ist die zukünftige Beteiligung des Kantons an der beruflichen Fortbildung im Lichte der Sanierungsvorgaben des Grossen Rates nochmals zu überprüfen. Der neu geschaffene Berufsbildungsrat hat seine Arbeit aufgenommen und erste Überlegungen zu einer Gesamtplanung Berufsbildung angestellt.
Die als Vorbereitung der NEF-Einführung begonnenen Arbeiten in vier Berufsschulen konnten erfolgreich zu Ende geführt werden. Nachdem der Regierungsrat für die Berufsschulen eine separate Bonus-Malus-Versuchsverordnung erlassen hat, können ab 1. Januar 2002 neben der NPM-Pilotschule in Thun vier weitere Berufsschulen wirkungsorientiert geführt werden.
Im Rahmen des Lehrstellenbeschlusses 2 von Bund und Kanton wurden bis Ende Jahr 43 Projekte bewilligt und 26 abgelehnt. 7 Projekte sind noch in Planung. Die zur Verfügung gestellten Mittel sind bis auf eine kleine Reserve eingesetzt.
Im Hinblick auf die Inkraftsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes leisteten das Amt und die Berufsschulen erste Vorarbeiten. Insbesondere geht es darum, die verschiedenen Berufsbildungsbereiche innerhalb des Kantons sinnvoll und zeitgerecht zusammenzufassen. In einem ersten Schritt übernimmt das Amt am 1. Januar 2002 die Verantwortung für die Sozialausbildungen. Es ist an der Umsetzung der neuen Bildungssystematik in den Gesundheitsberufen beteiligt und bereitet gegenwärtig den Start eines Pilotprojekts für die berufliche Grundbildung von Gesundheitsfachangestellten auf der Sekundarstufe II vor. Im Bereich der landwirtschaftlichen Berufsbildung ist ein Projektauftrag erteilt worden, damit Entscheide im Hinblick auf die zukünftige Aufgabenteilung zwischen dem Amt für Landwirtschaft und dem Amt für Berufsbildung gefällt werden können. Gespräche mit dem Amt für Wald bezüglich der forstwirtschaftlichen Berufsbildung sind geplant.
Verschiedene berufsbildungspolitisch wichtige Grossprojekte strapazierten die personellen Ressourcen des Amtes und der Berufsschulen zusätzlich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sämtliche Projekte mit sprachregionalen Ausprägungen geplant und umgesetzt werden müssen. Einerseits wurden die Einführung der zweijährigen beruflichen Grundbildung für Leistungsschwächere und andererseits die flächendeckende Umsetzung der neuen modularisierten Informatiklehre vorbereitet. Beide Projekte konnten vorerst im deutschsprachigen Kantonsteil am 1. August 2001 pilotmässig gestartet werden. Im Berichtsjahr erhielten die Berufsmaturitätsschulen den Auftrag, den vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) beschlossenen neuen Rahmenlehrplan kantonal koordiniert unter der Verantwortung der kantonalen Berufsmaturitätskommission in Schullehrpläne umzusetzen. Die Berufsmaturitätslehrgänge werden ab 1. August 2002 einlaufend nach neuem Konzept angeboten werden. Gleichzeitig bereiten sich alle Beteiligten auf den Start der reformierten kaufmännischen Grundbildung vor. Im französischsprachigen Kantonsteil wurde die Weiterentwicklung der Handelsmittelschule mit integrierter Praxis lanciert.
Um das Dienstleistungsangebot der Lehraufsicht weiter zu verbessern, hat das Amt eine Evaluation in Auftrag gegeben. Rund 1500 Lehrbetriebe sind zu ihren Kontakten mit der Lehraufsicht befragt worden.
Das Projekt «Qualitätsentwicklung in Schulen (QES)» wurde im Berichtsjahr ein erstes Mal evaluiert. Dabei zeigte sich eindeutig, dass die einzelnen Schulprojekte einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität in Schule und Unterricht geleistet haben. Die Projektleitung hat der Direktion beantragt, dass allen Schulen die Möglichkeit gegeben werden sollte, ein Qualitätsmanagement einzuführen. Da die systematische Qualitätsentwicklung nur mit entsprechender Unterstützung und Fortbildung möglich ist, sind die Realisierungsentscheide mit Blick auf die vom Grossen Rat beschlossenen Sanierungsvorgaben gegenwärtig noch offen.

8.2.4 Amt für Hochschulen

Das Berichtsjahr stand für die Abteilung Fachhochschulen im Zeichen der Folgearbeiten der Motion Erb. In zwei Projektgremien, «Umsetzung» und «Strategie», wurden diese Arbeiten weitergeführt. Im September wurde der Vorschlag der Arbeitsgruppe «Umsetzung» für die Neuorganisation einer departemental strukturierten Berner Fachhochschule ab Studienjahr 2003 durch den Regierungsrat grundsätzlich gutgeheissen. Die Projektgruppe «Strategie» konkretisiert die Grundlagen für die neue Führungs- und Organisationsstruktur, welche in die Revision des Gesetzes über die Fachhochschulen vom 6. November 1996 (FaG; BSG 435.411) einfliessen werden. Die Projektarbeiten für die Schaffung einer Haute école BEJUNE mit einer einzigen Ecole d'ingénieurs de l'Arc jurassien schreiten planmässig voran. Die Vereinbarung über die Kantonalisierung der Hochschule für Musik und Theater (HMT) ist trotz faktischem Vollzug der Kantonalisierung auf den 1. Januar 2001 nach wie vor ausstehend, da mit der vormaligen Trägerschaft des Konservatoriums Bern noch keine Einigung bezüglich der Übernahme des Mietvertrages für die Sandrainstrasse 3 (Abteilung Theater) gefunden werden konnte. Amts- und direktionsübergrei-

fende Aufgaben, welche durch die Mitarbeiterinnen der Abteilung Fachhochschulen wahrgenommen wurden, erwiesen sich als äusserst zeitintensiv (Leitung Koordinationsgremium «Taten statt Worte», Leitung Gleichstellungsprojekte, Ansprechstelle bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz).
In der Abteilung Universität stand im Berichtsjahr 2001 die Leistungsvereinbarung zwischen Erziehungsdirektion und Universität im Vordergrund. Des Weiteren führte die Umsetzung des Dekrets über die Grundsätze der Gehaltsordnung und weiterer Leistungen für die Mitarbeitenden der Universität vom 19. November 1997 (UniD; BSG 436.111) zu Anpassungen der Verordnung über die Universität vom 27. Mai 1998 (Universitätsverordnung, UniV; BSG 436.111.1). Mit Beginn des neuen akademischen Jahres wurde die Neuorganisation der Fakultäten in Kraft gesetzt. Die neue Universitätsgesetzgebung sowie die nationalen und internationalen Entwicklungen im Hochschulbereich, welche mit dem Bologna-Prozess (Bachelor- und Masterstudiengänge) ausgelöst wurden, bedingten zahlreiche Änderungen von Studien- und Prüfungsreglementen. Zu den Problemfeldern, für die noch Lösungen gefunden werden müssen, gehören der Botanische Garten, die Stadt- und Universitätsbibliothek, die Mensa der Universität sowie die Abgeltung der Leistungen für medizinische Lehre und Forschung. Die zahlreichen Ernennungsgeschäfte (ordentliche Professuren) und die Erfolgskontrollen von Staatsbeiträgen waren und sind sehr arbeitsintensive Daueraufgaben. Die Evaluation der veterinärmedizinischen Fakultäten Bern und Zürich wurde abgeschlossen, womit ein wichtiger Meilenstein im Projekt VETSUISSE erreicht wurde. Mit der Inkraftsetzung der Vereinbarung zwischen Bund und Universitätskantonen über die Zusammenarbeit im universitären Hochschulbereich und der damit zusammenhängenden Errichtung der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) und des Organs für Akkreditierung wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gesamtschweizerischen Hochschulkoordination gemacht.
Im Zentrum der Tätigkeiten der Abteilung Beratungsstelle der Universität und der Fachhochschule stand auch im vergangenen Jahr die Beratung von Studierenden mit der ganzen Bandbreite von studienbezogenen und persönlichen Fragestellungen. Das Coaching-Angebot für Dozierende erfreute sich wachsender Nachfrage. Es ging dabei vorab um Fragen der Konfliktbewältigung, um Führungsfragen und um Fragen der Qualitätsentwicklung. Im Workshopbereich ist es gelungen, dank verstärkten Public Relations-Anstrengungen die Kurse besser auszulasten. Seit September berät die Abteilung auch die Studierenden und Dozierenden der neuen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung. Auf der Website http://www.beratungsstelle.unibe.ch wurde neu ein Linkportal aufgeschaltet, das den Kundinnen und Kunden der Beratungsstelle ermöglichen soll, rascher und zielgenauer die gesuchten Informationen zu erhalten.

8.2.5 Amt für Lehrerinnen-, Lehrer- und Erwachsenenbildung

Der Verordnungsentwurf über die deutschsprachige Lehrerinnen- und Lehrerbildung mit 538 Artikeln wurde als zu umfangreich und zu detailliert kritisiert. Bemängelt wurde die hohe Regelungsdichte und die fehlende Kompetenzdelegation. Eine vom Erziehungsdirektor geleitete Expertenkommission reduzierte den Umfang des Erlasses um 115 Artikel. Die überarbeitete Verordnung vom 15. August 2001 über die deutschsprachige Lehrerinnen- und Lehrerbildung (LLBV; BSG 430.210.131) wurde auf Beginn der neuen Lehrerinnen- und Lehrerbildung am 1. September 2001 in Kraft gesetzt. Die Erwartungen bezüglich Anzahl der Studierenden für die neue Lehrerinnen- und Lehrerbildung waren zu hoch. Der Lehrbetrieb im Wintersemester 2001/02 in Langenthal konnte nicht aufgenommen werden und ab Studienjahr 2002/03 werden die Standorte Langenthal und Biel als Grundausbildungsstandorte geschlossen. Auf Grund einer Motion der GPK zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung hat die Erziehungsdirektion eine Projektgruppe eingesetzt, die zum Ziel hat, die gesetzlichen Grundlagen zur Realisierung einer attraktiven tertiären Lehrerinnen- und Lehrerbildung zu überarbeiten.
Im Rahmen von ERKOS (Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen) veranlasste die Abteilung Erwachsenenbildung eine Überprüfung der besonderen Beiträge an die Erwachsenenbildung. Die Untersuchung zeigte, dass sowohl im Bereich «Ausbildung der Ausbildenden» als auch im Bereich «Projekte und Erhebungen» die Zielsetzungen des Staatsbeitrags grösstenteils erfüllt werden. Festgestellt wurden Mängel im Vollzug, an deren Behebung die Abteilung arbeitet. Die Erhebung «Bildungsangebote für Erwachsene im Bereich Migration im Kanton Bern» zeigt, dass die subventionierten Integrationsangebote zugenommen haben. Bezüglich Koordination und Strukturen besteht Handlungsbedarf und eine spezifische Ausbildung für die Ausbildenden fehlt. Eine Kernaufgabe der Abteilung ist die Qualitätssicherung und -entwicklung in der subventionierten Erwachsenenbildung. Die Steuerung geschieht über Leistungsvereinbarungen. Beiträge werden nur für die erbrachten Leistungen entrichtet. Das Durchsetzen von klaren Standards für die Beitragsgewährung einerseits und der Einbezug der Situation der Trägerschaft andererseits ist oft eine Gratwanderung zwischen Fordern und Fördern im Controllingprozess.
Schwerpunkte im Fortbildungsangebot der deutschsprachigen Zentralstelle für Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung (ZS LLFB) bildeten in diesem Jahr die Einführung des Lehrplanes Kindergarten, die Unterstützung des Projekts «Qualitätsentwicklung in Schulen (QES)», die Aus- und Fortbildung für Schulleiterinnen und Schulleiter (AFS) und die Fortbildungsunterstützung im Informatikprojekt «Schulen ans Netz». Mit Leistungsvereinbarungen konnte die ZS LLFB die Zusammenarbeit mit dem Berufsverband Lehrerinnen und Lehrer Bern (LEBE) und dem Bernischen Verein für Schule und Fortbildung (BVSF) verbessern. Zunehmend wichtig wurde die Fortbildungsarbeit im Bereich der Burnout-Prophylaxe. Die ZS LLFB verstärkte die Zusammenarbeit mit den Schulbehörden, Beratungsstellen und der Lehrerversicherungskasse.
Am 1. August hat die Haute Ecole Pédagogique Bern, Jura, Neuenburg mit ihren vier Plattformen für die Bereiche Ausbildung (Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufen I und II), Fortbildung und Forschung und Multimedia ihren Betrieb aufgenommen. Die künftige Zusammenarbeit der HEP BEJUNE mit dem Amt ist im Einzelnen noch zu regeln.
Das Medienzentrum Schulwarte Bern (MZSB) vergrösserte das Angebot an neuen Unterrichtshilfen im Internet und organisierte gemeinsam mit der ZS LLFB ein Veranstaltungsreihe zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schule. Erfahrungen zeigten, dass das Angebot der MZSB allgemein zu fein gegliedert ist. Die Produkte sollen künftig mehr zusammengefasst werden. Der Vertrag mit dem Kanton Solothurn von 1998 wurde angepasst; er ist bis Ende 2003 gültig. Der Pauschalbetrag für die bezogenen Leistungen wurde von 80000 Franken auf jährlich 46000 Franken reduziert. Das Betriebsergebnis des NEF-Pilotbetriebs MZSB wird im Rahmen der Besonderen Rechnung detailliert erläutert.

8.2.6 Amt für Bildungsforschung

Ende 2000 wurde im Grossen Rat die Motion Bolli (216/00) eingereicht, welche eine Überprüfung der Aufgaben des Amtes verlangt und festlegt, dass bis zum Abschluss dieser Prüfung offene Stellen nicht besetzt werden dürfen. Da die Überprüfung noch nicht abgeschlossen ist und im Laufe des Jahres mehrere Kündigungen eingereicht wurden, mussten die anfallenden Arbeiten mit deutlich weniger Personal erledigt werden. Dabei fiel vor allem ins Gewicht, dass die langjährige Amtsvorsteherin auf Ende Januar die Erziehungsdirektion verlassen hatte und die Amtsleitung nur provisorisch besetzt werden konnte. Trotz dieser schwierigen Situation konnten die grösseren Projekte plangemäss weitergeführt werden.

Im Pilotprojekt «Neugestaltung des 9. Schuljahres» erweist sich das Berufspraktikum als das wertvollste Element. Differenzierte Resultate wird die Schlussevaluation bringen, die gegenwärtig vorbereitet wird. Die Evaluation des Pilotprojekts «Qualitätsentwicklung in Schulen» ergab, dass die Qualität merklich verbessert werden kann, wenn Schulen Qualitätsentwicklungsprojekte durchführen. Es ist deshalb wünschenswert, dass alle Schulen solche Projekte durchführen können.
Im Sinne einer Qualitätskontrolle des Schulsystems beteiligt sich der Kanton Bern am «Programme for International Student Assessment (PISA)». Dabei werden mit einheitlichen Testinstrumenten die Leistungen der 15-Jährigen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften erhoben unter international verglichen. In diesem Jahr konnten die Ergebnisse der Schweiz bekannt gegeben werden. Die Detailanalyse der kantonalen Daten ist noch im Gange. Das an PISA anschliessende nationale Projekt «TREE», an dem der Kanton Bern ebenfalls teilnimmt, befasst sich mit der Schnittstelle Volksschule-Sekundarstufe II.
Als Beitrag zur Qualitätssicherung in der Berufsbildung wird die Lehraufsicht des Kantons Bern evaluiert. Im Mai hat eine erste Befragung von 1500 Betrieben stattgefunden. Für die Evaluation der Maturitätsausbildung wurden alle Abschlussklassen der Gymnasien und Seminare befragt. Somit kann die alte mit der neuen Ausbildung verglichen werden. Zusätzlich fand eine Befragung der Schülerinnen und Schüler der Tertien zur Wahl der Schule und des Schwerpunktfaches statt.
Auf der Volksschulstufe geht gegenwärtig eine intensive Diskussion über das Fremdsprachenlernen vonstatten. Anfang 2001 wurde eine Konsultation im Kanton Bern durchgeführt. Die Resultate werden von der Universität analysiert und ein Gutachten erstellt.
Im Rahmen eines Gesamtkonzepts wurde aufgezeigt, mit welchen Massnahmen die Integration der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler verbessert werden kann. Zu einzelnen Elementen des Konzepts liegen Berichte vor, andere sind noch in Arbeit. Für die Realisierung muss mit einem längeren Zeitraum gerechnet werden.
Das Projekt «Schulen ans Internet» hat zum Ziel, die 1997 publizierten Thesen zu konkretisieren. Mehr als 70 Prozent der Berner Schulen sind heute am Internet angeschlossen. 80 Schulen führen ein von der Direktion unterstütztes Projekt durch.
In der französischsprachigen Abteilung wurde weiter am Projekt zum zweisprachigen Unterricht an der Quartierschule Biel-Bözingen weitergearbeitet. Im Rahmen dieses Immersionsprojekts ermittelten Tests die Sprachkompetenzen und Erhebungen die Einstellungen und das Sprachverhalten der Schülerinnen und Schüler. Im Projekt «Schülerbeurteilung» folgten nach der Konsultation weitere Anpassungen und für die Lehrerinnen und Lehrer wurde spezifisches Fortbildungskonzept ausgearbeitet. Mit Beginn des neuen Schuljahres konnte der Deutschunterricht mit neuen Lehrmitteln auf das dritte Schuljahr vorverlegt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung beteiligen sich an zahlreichen Projekten der Direktion sowie an Projekten im Rahmen der Coordination romande.

8.2.7 Amt für Kultur

Die Subventionsverträge mit den bedeutenden kulturellen Institutionen der Stadt Thun wurden von 30 der 40 beitragspflichtigen Gemeinden mit über 87 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner gutgeheissen, sodass sie vom Regierungsrat genehmigt und für alle Beteiligten verbindlich erklärt werden können. In der Region Biel wurden die bestehenden Verträge mit fünf bedeutenden Kulturinstituten (Laufzeit 2000–2003) entgegen ursprünglichen Befürchtungen nicht gekündigt; sie werden demzufolge unverändert auch für die Jahre 2004 bis 2007 gelten. Wesentlich schwieriger gestaltet sich das Problem der Weiterführung der bestehenden Verträge (Laufzeit 1999–2003) und des Einbezugs des Paul Klee-Zentrums in das neue Vertragswerk für Bern. Weil die Stadt Bern zur Wiederherstellung ihres finanziellen Gleichgewichts die Lasten im Kulturbereich reduzieren will und eine Kompensation durch die umliegenden Gemeinden schon am gesetzlichen Maximalsatz von 15 Prozent scheitert, sieht sich der Kanton mit Forderungen konfrontiert, die nur schwer in Einklang mit den bevorstehenden neuen Sanierungsmassnahmen zu bringen sind.
In Bern begannen im Oktober die Bauarbeiten für das Paul Klee-Zentrum, dessen Aufbau mit der Verselbstständigung der Direktion im Sommer 2001 auch konzeptionell wie vorgesehen fortschreitet. Aber auch das Kunstmuseum Bern bereitet sich intensiv auf die «Zeit ohne Klee» vor: Eine neue Abteilung für Gegenwartskunst (im alten Progymnasium am Waisenhausplatz) soll die Attraktivität des Museums auch in Zukunft sicherstellen und ausserdem im erweiterten und sanierten Hauptgebäude mehr Platz schaffen für die Präsentation der Sammlung. Diese soll ihrerseits ergänzt werden mit der heute noch in Oberhofen am Thunersee ausgestellten Sammlung Im Obersteg, eine einmalige Chance für Bern. Im Bernischen Historischen Museum begann eine neue grosse Ausstellung, die die «edle Wirkung» der Burgunder Teppiche in neues Licht stellt.
Die Ende 2000 gegründete Stiftung «Mémoires d'ici» hat ihre Arbeit mit der Einrichtung eines Dokumentations- und Forschungszentrums in St-Imier aufgenommen und damit ein Anliegen des Regionalrates des Berner Juras im Rahmen des «Statut particulier» verwirklicht.
Die Umsetzung des seit dem 1. Januar 2001 in Kraft stehenden neuen Denkmalpflegegesetzes ergab bisher keine besonderen Probleme. Von der neuen Möglichkeit der behördlichen Unterschutzstellung eines Denkmals gegen den Willen eines privaten Eigentümers musste in keinem einzigen Fall Gebrauch gemacht werden. Die einvernehmliche Unterschutzstellung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag ist somit wie vorausgesagt zur Regel geworden. Insgesamt wurden 163 Verträge rechtsgültig abgeschlossen, wovon einer ein bewegliches Denkmal betrifft, nämlich das Dampfschiff «Lötschberg» auf dem Brienzersee.

8.2.8 Amt für Sport

Die Bundesbeiträge an die Jugend + Sport-Aktivitäten (J+S) und die in den Sportfonds fliessenden Gewinnanteile der Sport-Toto- und Lotto-Wettbewerbe sind die beiden Standbeine der kantonalen Sportförderung. Dank den Reserven im Sportfonds von Ende Jahr von rund 24 Mio. Franken konnten Beiträge geleistet werden, welche mehr als doppelt so hoch sind wie die im Jahr 2001 eingegangenen 7,2 Mio. Franken.
J+S, das nationale Sportförderungskonzept für Jugendliche von 10 bis 20 Jahren, ist im Umbruch. Es hat seit 1972 den gesamten Sport in der Schweiz wesentlich mitgetragen und -geprägt und wird nun bei gleichbleibenden Ausgaben (der Bund setzt rund CHF 60 Mio. dafür ein) neu organisiert. Fast 30 Jahre lang konnte anhand der Teilnehmer- und Kursstatistiken die Entwicklung des Jugendsports sehr präzise mitverfolgt werden. Im Jahr 2001 ist dies erstmals nun nicht mehr der Fall, weil in einigen J+S-Sportfächern mit Feldversuchen die Neuorganisation erprobt wird. Immerhin kann festgehalten werden, dass die gesamten J+S-Beiträge an die Organisationen gegenüber dem Vorjahr auf 5 895 568 Franken wieder leicht angestiegen sind.
Im Kanton Bern sind insgesamt fast 27 000 J+S-Leitende registriert; von den genannten Beiträgen profitieren jedoch nur die effektiv aktiv in Vereinen und Organisationen tätigen rund 10 000 Leitenden. In der Neukonzeption von J+S werden nicht mehr die einzelnen Leitenden, sondern die durch den so genannten J+S-Coach vertretenen Vereine und Organisationen mit uns in direktem Kontakt stehen. Die Ausbildung der J+S-Coaches ist Sache der Kantone. Bereits im ersten Versuchsjahr wurden in 15 Kursen 500 solche Vereinsverantwortliche ausgebildet. Für die Aus- und Fortbildung von J+S-Leitenden im Kanton Bern wurden im Jahr 2001 32 Leiterkurse (1+2) und 33 Fortbildungskurse angeboten. Diese

vom Amt organisierten und von Fachleuten aus den einzelnen Sportverbänden geleiteten Kurse wurden von 1893 Teilnehmenden besucht.
Mit den Beiträgen aus dem Sportfonds unterstützen wir den vielfältigen Sport in fast all seinen Ausprägungen – den organisierten, den nicht organisierten und den institutionellen Sport. 14,8 Mio. Franken aus dem Sportfonds wurden im Jahr 2001 an 734 Gesuchstellende zugesichert bzw. bereits ausbezahlt. Beim organisierten Sport (Vereine und Verbände) machen die Beiträge an die Verbandskurse und -lager mit 1,3 Mio. Franken und die Beiträge an Sportmaterial und -geräte mit nahezu 1 Mio. Franken den Hauptteil aus. Beiträge an den institutionellen Sport sind dort möglich, wo keine gesetzliche Beitragspflicht des Staates besteht, beispielsweise beim freiwilligen Universitätssport, beim ausserdienstlichen Militärsport und der sportorientierten Begabtenförderung. Mit einer Beitragssumme von 11 Mio. Franken geniessen die Sportinfrastrukturen hohe Priorität, denn sie dienen allen Bereichen des Sports inklusive dem nichtorganisierten Freizeit- und Trendsport. So wurden ca. 100 Infrastrukturbeiträge zugesichert. Das erste gesamtschweizerische Seniorensportfestival, welches am 23. April 2001 im Rahmen des BEA-Sportprogrammes des Amtes organisiert wurde, die beiden im 2001 angelaufenen Projekte «Sommernutzung von Kunsteisbahnen» und «Umweltschonender Sportverkehr» sind zusätzliche Aktivitäten, die unser Amt mitgetragen hat.

8.2.9 Amt für Finanzen und Administration

Neben den normalen Führungs- und Supportaufgaben zu Gunsten der Direktion und der Ämter nahm das Amt verschiedene Zusatzaufgaben wahr. Im Projekt NPM-ERZ wurden die Produkte und Produktegruppen des Bildungs-, Kultur- und Sportbereiches definiert und die Beschreibung der Ziele und Indikatoren nahezu abgeschlossen. Besondere Schwierigkeiten zeigten sich dabei wie erwartet beim Formulieren von Wirkungszielen und Indikatoren, welche gerade im Bildungs- und Kulturbereich nicht gut messbar sind. In diesem Projekt hat sich auch gezeigt, dass es zurzeit sehr schwierig ist, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Fachwissen in «New Public Management» zu rekrutieren.
Das Amt arbeitet an der Revision des Kantonalen Personalrechtes weiter. Unter Federführung des Personalamtes wurde der Gesetzesentwurf bereinigt und in den Kommissionen vorberaten. Aufgabe des Amtes war es dabei, die speziellen Fragen der Lehreranstellung und des Schulpersonals zu bearbeiten.
Auf Schuljahresbeginn im August des Berichtsjahres erfolgte als Spätfolge der Revision der Maturitätsausbildung der Abbau der Oberprima an den alten Gymnasien des Kantons. Mit den vorbereiteten Sozialplanmassnahmen konnten 58 von den 108 Vollzeitstellen aufgefangen werden. Die Gymnasiallehrkräfte, die entlassen werden mussten, konnten – sofern sie es wünschten – bei der Stellensuche unterstützt werden.
Der Bereich des Ressourcenmanagements für die Direktion gestaltete sich im Berichtsjahr sehr schwierig, da wiederum neue Schulen und Verwaltungsstellen in die Organisation der Direktion integriert werden mussten. Die Integration der per 1. Januar 2001 kantonalisierten Berufsschulen, der Hochschule für Musik und Theater und der Hochschule für Gestaltung Kunst und Konservierung in das Rechnungswesen der Direktion erwies sich als komplex und mit vielen Detailproblemen belastet. Die Einhaltung der budgetierten Kredite war vor allem im Bereich der Berner Fachhochschule schwierig. Da die Hochschulen für Musik und Theater (HMT) bzw. für Gestaltung, Kunst und Konservierung (HGKK) zur Zeit der Budgetierung noch gar nicht existierten, waren für die Budgetierung nur schwache Grundlagen vorhanden. Um die Integration abzuschliessen, müssen die Gebäude noch definitiv übernommen und deren Unterhalt und Verwaltung in die kantonale Organisation vorgenommen werden.

8.3 Personal

8.3.1 Übersicht

Personalbestand Verwaltung ohne Lehrerbildungsinstitute und Universität

Bereich	Anzahl Männer	Frauen	Anzahl Vollzeitstellen
Zentrale Verwaltung	103	171	196,15
Aussenstellen	127	232	226,95
Kantonale Schulen	147	246	268,02
Total	377	649	691,02

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Generalsekretariat	7	14	5,85	11,05	16,90
Amt für Kindergarten, Volks- und Mittelschule[1]	106	236	83,19	128,70	211,88
Maturitätsschulen/Seminare (Verwaltungspersonal)	41	64	39,75	34,47	74,22
Amt für Berufsbildung[2]	88	142	82,50	90,55	173,06
Amt für Hochschulen	6	13	4,80	9,60	14,40
Berner Fachhochschule (Verwaltungspersonal)	37	77	27,46	34,19	61,65
Amt für Lehrerinnen-, Lehrer und Erwachsenenbildung	13	23	9,15	14,80	23,95
Amt für Bildungsforschung	7	7	5,34	5,00	10,34
Amt für Kultur	27	20	21,39	13,98	35,37
Amt für Sport	10	8	9,25	5,75	15,00
Amt für Finanzen und Administration	35	45	25,95	27,40	54,35
Total	377	649	314,63	375,49	691,12

[1] Neu inkl. Berufsberatungsstellen, Kantonalisierung per 1. 1. 2001
[2] Neu inkl. Berufsschulen, Kantonalisierung per 1. 1. 2001

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen (NEF-Betriebe und Lehrkräfte)

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Seminar und Gymnasium Hofwil	41	30	13,42	8,48	21,90
Medienzentrum Schulwarte	25	22	9,82	11,73	21,55
Lehrerbildungsinstitute	428	265	79,82	63,12	142,94
Regionale Schulinspektorate	9	13	4,8	8,87	13,67
Ecole cant. de langue française	11	42	5,18	20,27	25,45
Diplommittelschulen	20	17	7,99	5,50	13,49
Seminare	260	144	42,04	30,08	72,12
Berner Fachhochschule	838	197	416,86	65,15	482,01
Technikerschulen, Höhere Fachschulen	112	8	31,12	1,14	32,26
Total	1 744	738	611,05	214,34	825,39

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen (Fonds und Stellen aus Drittfinanzierung)

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Fonds Fortbildungszentrum Tramelan	23	32	21,80	24,20	46,00
Fonds Lehrmittelverlag	14	9	12,68	7,00	19,68
Total	37	41	34,48	31,2	65,68

Bewirtschaftbare Stellenpunkte

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Umbuchung Reservepool	Reservepool
Generalsekretariat	1 875	1 905	150	120
Amt für Kindergarten, Volks- und Mittelschule[1]	24 352	22 899	190	1 643
Maturitätsschulen/Seminare	6 047	5 559	104	592
Amt für Berufsbildung	4 054	3 923	29	160
Berufsschulen	10 876	9 883	14	1 007
Amt für Hochschulen	277	340	–	– 63
Techn. Schulen/ Höhere Fachschulen	1 567	1 557	–	10
Berner Fachhochschule	2 384	4 088	–	– 1 704
Amt für Lehrerinnen-, Lehrer- und Erwachsenenbildung	2 347	2 358	332	321
Amt für Bildungsforschung	1 393	1 344	120	169
Amt für Kultur	3 481	3 491	53	43
Amt für Sport	1 314	1 304	9	19
Amt für Finanzen und Administration	4 646	4 593	474	527
Reservepool	1 541	–	– 1 776	– 235
Total Direktion	66 154	63 244	– 301	2 609

[1] Reserven aus Stellen, die gemäss LAD von der Bewirtschaftung ausgenommen wurden.

8.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Der Vorsteher des Amtes für Lehrerinnen-, Lehrer- und Erwachsenenbildung, Hans-Peter Riesen, wurde per 31. Januar 2001 pensioniert. Die Nachfolge übernahmen per 1. Februar 2001 Brigitte Mühlemann und Bruno Meli im Jobsharing.
Am 31. Juli 2001 hat der Generalsekretär, Andreas Marti, die Erziehungsdirektion verlassen. Seine Nachfolge hat Robert Furrer am 1. November 2001 angetreten.

8.3.3 Ausbildung

Das Kaderseminar für das höhere und mittlere Kader fand vom 19. bis 21. Februar 2001 in Tramelan statt und stand im Zeichen der Einführung von NPM in der Direktion. Ziel dieser Weiterbildung war es, alle Teilnehmenden optimal auf die kommenden Umsetzungsarbeiten vorzubereiten und eine gemeinsame Vision NPM ERZ zu entwickeln.
Anlässlich der Kantonalisierung der Berufsberatungsstellen und der Berufsschulen wurden für die neuen Mitarbeitenden zehn Veranstaltungen zum Thema Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche (MAG) in deutscher und französischer Sprache durchgeführt. Von diesem Angebot haben ca. 180 Personen Gebrauch gemacht.

8.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Der Frauenanteil im oberen Kader konnte mit der Wahl der Amtsvorsteherin ALLEB im Jobsharing und der Wahl von drei Schulinspektorinnen im Jahr 2001 verbessert werden. Zur Gleichstellungsarbeit der Direktion siehe auch Kapitel 8.2.1 Generalsekretariat zur Tätigkeit der Koordinationsgruppe für Frauenfragen.

8.4 Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik

Gemäss der bestehenden Konzeption der politischen Gesamtplanung erfolgt die Berichterstattung über den Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik im Wesentlichen durch die Berichterstattung in den Verwaltungsberichten. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2001 übernimmt damit die Funktion des bisherigen Vollzugsberichtes am Ende der Legislatur. In der Einleitung der Richtlinien der Regierungspolitik 2003 bis 2006 wird zudem – als Grundlage für die neuen Regierungsrichtlinien – ebenfalls eine kurze Berichterstattung über den Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik 1999 bis 2002 erfolgen.

819 Aufgabenfeld Kindergarten und Volksschule

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
819.1 Die Volksschulgesetzgebung vollständig umsetzen.			
819.1.1 Eine neue Bildungseingangsstufe definieren und in Schulversuchen erproben.	3	Schulversuche und flächendeckende Einführung zeitlich noch unbestimmt.	Ein Konzept zur Einführung der Basisstufe, das in Schulversuchen erprobt werden soll, ist in Bearbeitung.
819.1.2 Das neunte Schuljahr neu ausrichten.	2	Ab 2005.	Die Pilotversuche laufen bis 31. März 2003.
819.1.3 Auf die Bedürfnisse fremdsprachiger Kinder angepasste Bildungsangebote bereitstellen.	2	Einzelne Massnahmen werden laufend umgesetzt, andere werden im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zum Art. 17 VSG realisiert.	Das Gesamtkonzept liegt vor. Die Teilkonzepte sind zum Teil erstellt, zum Teil müssen sie noch erarbeitet werden.

820 Aufgabenfeld Sekundarstufe II

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
820.1 Die Kantonalisierung der Schulen und Institutionen der Sekundarstufe II weiterführen und abschliessen.			Das Geschäft ist abgeschlossen.
820.1.1 Die Liegenschaften der Gymnasien übernehmen.	1		Das Geschäft ist abgeschlossen.
802.1.2 Die Berufsschulen und die Berufsberatung haushaltneutral kantonalisieren und neu organisieren.	1	Die hängigen Geschäfte im Liegenschaftsbereich sollten im Jahr 2002 erledigt werden können.	Der Betrieb der Berufsschulen und der Berufsberatungsstellen ist kantonalisiert. Die Handänderungsverträge für die zu übernehmenden Liegenschaften liegen im Entwurf vor. Einzelne Mietverträge sind abgeschlossen. Die Haushaltneutralität konnte nicht erreicht werden, da dem Kanton von den Gemeinden im Bereich der Infrastruktur neu Rechnung gestellt wird.

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
820.1.3 Das Dekret über die Finanzierung der Lehrergehälter ändern.	1		Das Geschäft ist abgeschlossen.
820.2 Eine neue Ausrichtung und eine neue Organisation der 10. Schuljahre erarbeiten.			
820.2.1 Eine entsprechende gesetzliche Grundlage im Gesetz über die Berufsbildung und die Berufsberatung schaffen.	2	Realisiert.	Die berufsvorbereitenden Schuljahre sind am 1. August 2001 integriert in kantonale Berufsschulen erfolgreich gestartet. Eine Evaluation des Projekts ist in Vorbereitung.

821 Aufgabenfeld Tertiärstufe

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
821.1 Den Hochschulbereich qualitativ und quantitativ konsolidieren.			
821.1.1 Dem Grossen Rat ein Gesetz über Zulassungsbeschränkungen im Hochschulbereich vorlegen.	1		Die Arbeiten wurden sistiert.
821.1.2 Dem Grossen Rat die Schaffung der Fachhochschulbereiche Kunst und Musik beantragen.	2		Das Geschäft ist abgeschlossen.

823 Aufgabenfeld Kultur und Sport

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
823.1 Die veralteten gesetzlichen Grundlagen für die Kulturpflege erneuern.			
823.1.1 Dem Grossen Rat ein Denkmalpflegegesetz vorlegen.	1		Seit 1. Januar 2001 in Kraft.

8.5 Gesetzgebungsprogramm (Übersicht)

Stand 31. Dezember 2001

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
8.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Gesetz über die Zulassungsbeschränkungen im Hochschulbereich	8	
– Gesetz über die Förderung von Turnen und Sport (Änderung)	0	2003
– Volksschulgesetz (Änderung)	6	
8.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Gesetz über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung (Änderung)	1	2003
– Gesetz über die Fachhochschulen	1	November 2002
– Gesetz über die Maturitätsschulen (Änderung)	6	
8.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
– Gesetz über die Berufsbildung und die Berufsberatung (Änderung)	0	2004
– Gesetz über die Bernische Lehrerversicherungskasse	0	März 2004
8.5.4 Andere Gründe		
– Gesetz über das Interregionale Fortbildungszentrum Tramelan	2	September 2002
– Gesetz über die Aktiengesellschaft Berner Lehrmittel- und Medienverlag	2	März 2002
– Gesetz über das Medienzentrum Schulwarte Bern	0	2004

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgezogen

8.6 Informatikprojekte (Übersicht)

Dienststelle	Projekt/Anwendung	Investition im Berichtsjahr TFr.	Produktionskosten bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
4816.300	Staatliche Volks- und Mittelschulen, Ersatz und Erneuerungen	687	296	296	1998–2006
4825.100	Kantonalisierung Berufsschulen (Schulverwaltung, Schulinformatik)	2 163	0[1]	0[1]	2001–2006
4833.100–900	Ingenieurschulen, Ersatz und Erneuerungen	1 700	0	0[1]	1994–2006
4870.500	Amt für Kultur (Kantonale Denkmalpflege), INKADE/DENKIN	200	118	170	1999–2002
4890.700	Amt für Finanzen und Administration (Stabsabteilung) Infrastrukturersatz	100	1 774	1 774	1995–2006
5083.100	Amt für Finanzen und Administration (Interregionales Fortbildungszentrum Tramelan), Ersatz EDV	100	340	340	1994–2005

[1] keine Zusatzkosten

8.7 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Amt	ASP-Nr.	Kurzbezeichnung Staatsbeitrag	Det.-Grad/ Planjahr	Status	Folgeschritte
4820	ERZ00068	Interkantonale Institutionen (DBK, ..)	G/1999	in Arbeit, Abschluss 2002	noch offen
4830	ERZ00028	Mensa, Logierhaus und Kinderkrippe der Universität	G/1999	in Arbeit, Abschluss 2002	noch offen
4830	ERZ00038	Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium der Schweiz	G/1999	Abgeschlossen, RRB 1874/01	Antrag nationale Erfolgskontrolle
4840	ERZ00006	Allgemeine Beiträge Erwachsenenbildung	G/1999	in Arbeit, Abschluss 2002	noch offen
4840	ERZ00017	Bes. Beiträge Erwachsenenbildung	G/1999	in Arbeit, Abschluss 2002	noch offen
4830	ERZ00027	Stadt- und Universitätsbibliothek Bern	G/2000	in Arbeit, Abschluss in Abhängigkeit politischer Rahmenentscheide	noch offen
4810	ERZ00016	Höhere private Mittelschulen	G/2001	Abgeschlossen, RRB 3275/01	KLER-Arbeiten
4830	ERZ00062	Forschungszentrum schweizerische Politik	G/2001	in Arbeit, Abschluss 2002	noch offen
4870	ER000049	Allgemeine Musikschulen	G/2001	in Arbeit, Abschluss 2002	noch offen
4870	ERZ00054	Einmalige Investitionsbeiträge Dritte	G/2001	in Arbeit, Abschluss 2002	noch offen
4890	ERZ00008	Ausbildungsbeiträge	D/2001	in Arbeit, Abschluss 2002	noch offen

Legende: G = Grobuntersuchung, D = Detailuntersuchung

8.8 Parlamentarische Vorstösse
(Motionen und Postulate)

8.8.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

8.8.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Motion 085/99 Winkenbach-Rahn (Münchenbuchsee) vom 3. April 2000 betreffend Schaffung eines klaren Anstellungsstatus für die Praktikumsleitenden an den Instituten der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (angenommen am 29. 11. 2000).
Anstellung und Gehalt der Praxislehrkräfte werden in Artikel 23a, Artikel 23b und in Anhang 1C der Verordnung vom 21. Dezember 1994 über die Anstellung der Lehrkräfte (LAV) geregelt. Die Praxislehrkräfte mit erweitertem Auftrag nach Artikel 346 der Verordnung vom 15. August 2001 über die deutschsprachige Lehrerinnen- und Lehrerbildung (LLBV) erreichen dieselben Anstellungsbedingungen wie die Übungslehrkräfte der Seminare. Das Anliegen der Motion wird dadurch erfüllt.

Postulat 156/99 Widmer-Keller (Büren a. A.) vom 21. Juni 1999 betreffend Abgeltungen bei Nebenbeschäftigungen an der Universität (Punkt 1 angenommen als Postulat, Punkt 2 zurückgezogen am 4. 4. 2000).
Mit RRB 2747 vom 12. September 2001 wurde dem Grossen Rat ein Bericht betreffend die Abgeltung bei Nebenbeschäftigung an der Universität zugestellt.

Motion 072/00 Bernasconi (Worb) vom 3. April 2000 betreffend Schaffung einer Informatikmittelschule (angenommen als Postulat am 29. 11. 2000).
Die ICT-Offensive ist gestartet. Sie basiert auf dem Konzept der dualen Berufsbildung. Wichtige Elemente der Umsetzung sind die modularisierte berufliche Grundbildung, das Lehrstellenmarketing und die Schaffung von Ausbildungsplätzen in regionalen Basislehrjahren entsprechend den Bedürfnissen der Lehrbetriebe. Der Meilenstein bezüglich der geplanten Anzahl Ausbildungsplätze konnte 2001 erreicht werden. Die Prognosen für 2002 sind positiv.

Motion 161/00 Allemann (Bern) vom 4. September 2000 betreffend Maturitätsprüfung vor den Sommerferien (angenommen am 29. 11. 2000).
Das Gesetz über die Maturitätsschulen wurde im Sinne der Motion geändert.

Motion 167/00 Streiff-Feller (Oberwangen) vom 4. September 2000 betreffend Abschluss des Maturitätslehrgangs auf Ende des Schuljahres (angenommen am 29. 11. 2000).
Das Gesetz über die Maturitätsschulen wurde im Sinne der Motion geändert.

Motion 170/00 Grossenbacher-Frei (Bolligen) vom 4. September 2000 Für einen vernünftigen Maturitätstermin (angenommen am 29. 11. 2000).
Das Gesetz über die Maturitätsschulen wurde im Sinne der Motion geändert.

Motion 216/00 Bolli Jost (Bern) vom 20. November 2000 betreffend Amt für Bildungsforschung (angenommen am 13. 6. 2001).
Die Anliegen der Motion sind im Projekt «Organisationsentwicklung» berücksichtigt und werden in die neue Struktur der Direktion einfliessen. Die Motion kann somit abgeschrieben werden.

Motion 228/00 Allemann (Spiegel) vom 22. November 2000 betreffend Staatskundeunterricht: rechtzeitig und aktuell (angenommen und abgeschrieben am 13. 6. 2001).

Postulat 012/01 Stoffer-Fankhauser (Biglen) vom 29. Januar 2001 betreffend Musikalische Grundschule (MGS) (angenommen und abgeschrieben am 5. 4. 2001).

Motion 064/01 Widmer (Bern) vom 2. April 2001 betreffend zukunftsgerichtete Laborausbildung im Kanton Bern (angenommen und abgeschrieben am 28. 11. 2001).

8.8.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

8.8.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Frist bis Ende 2002

Motion 110/99 Schärer (Ostermundigen) vom 29. April 1999 betreffend Versorgungskonzept für Kleinklassen und Spezialunterricht im Kanton Bern (angenommen am 2.2.2000).
In Bearbeitung.

Postulat 118/99 Hayoz-Wolf (Bern) vom 4. Mai 1999 betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger (angenommen am 3.2.2000).
In Bearbeitung.

Motion 189/99 Gresch (Bern) vom 6. September 1999 betreffend Neues Bildungskonzept für die multikulturellen Schulen (angenommen am 3.2.2000).
Ein Gesamtprojekt wurde im Jahr 2001 erarbeitet. Die Realisierung der einzelnen Massnahmen wird längere Zeit in Anspruch nehmen, zudem ist die Finanzierung noch nicht gesichert.

Motion 207/99 Lüthi (Münsingen) vom 13. September 1999 betreffend Erweiterung der anerkannten Formen der Lehrer- und Lehrerinnenfortbildung (angenommen als Postulat am 4.4.2000).
In Bearbeitung.

Motion 234/99 Morgenthaler (Richigen) vom 15. November 1999 betreffend Einführung der Basisstufe zur Erziehung und Bildung der vier- bis achtjährigen Kinder (angenommen als Postulat am 8.6.2000).
In Bearbeitung.

Motion 248/99 von Escher-Fuhrer (Seedorf) vom 15. November 1999 betreffend Quoten für gesetzlich verankerten Spezialunterricht an der Volkshochschule (angenommen als Postulat am 8.6.2000).
In Bearbeitung.

Motion 029/00 Gerber (Thun) vom 31. Januar 2000 betreffend Sofortmassnahmen zum Erhalt geeigneter Lehrkräfte (angenommen am 4.4.2000).
In Bearbeitung.

Motion 115/00 Guggisberger/Gerber (Thun) vom 5. Juni 2000 betreffend Freie Schulwahl / Studentische Mobilität / Qualitätssicherung (angenommen am 7.9.2000).
In Bearbeitung.

Motion 131/00 Bolli Jost (Bern) vom 5. Juni 2000 betreffend Selbstverantwortung der neuen Lehrerinnen- und Lehrerbildungsinstitute (angenommen am 7.9.2000).
In Bearbeitung.

Frist bis Ende 2003

Motion 195/00 GPK (Gerber, Thun) vom 26. Oktober 2000 betreffend eine tragfähige Bildungsfinanzierung (angenommen am 13.6.2001).
In Bearbeitung.

Motion 011/01 Stoffer-Fankhauser (Biglen) vom 29. Januar 2001 betreffend Fachausbildung Musik (LLB) (angenommen als Postulat am 5.4.2001).
In Bearbeitung.

Motion 027/01 Tanner (Bern) vom 1. Februar 2001 betreffend Gesamtheitliche Reorganisation Erziehungsdirektion (angenommen am 6.9.2001).
Eine Leistungsanalyse der Ämter und des Generalsekretariats wurde durchgeführt und dient nun als Basis für die Weiterarbeit am Projekt «Organisationsentwicklung».

Motion 041/01 Rytz (Bern) vom 6. Februar 2001 betreffend Zugang zur LehrerInnenbildung mit Berufsmatur (angenommen am 6.9.2001).
Das Anliegen wird im Rahmen der Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen der LLB bearbeitet. Projektleitung und Lenkungsausschuss haben die Arbeit aufgenommen.

Motion 044/01 Wiedmer-Keller (Büren a.A.) vom 27. März 2001 betreffend dringliche Massnahmen im Bereich der Gesamtkonzeption der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (GKL) des Kantons Bern (angenommen am 13.6.2001).
Das Anliegen wird im Rahmen der Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen der LLB bearbeitet. Projektleitung und Lenkungsausschuss haben die Arbeit aufgenommen.

Postulat 050/01 Gerber (Biel) vom 2. April 2001 betreffend Für eine korrekte Terminologie (angenommen am 28.11.2001).
In Bearbeitung.

Motion 059/01 Guggisberg (Kirchlindach) vom 2. April 2001 betreffend bessere Bedingungen für Berufsleute bei der Zulassung zur Lehrerbildung (angenommen am 13.6.2001).
Das Anliegen wird im Rahmen der Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen der LLB bearbeitet. Projektleitung und Lenkungsausschuss haben die Arbeit aufgenommen.

Postulat 060/01 Guggisberg (Kirchlindach) vom 2. April 2001 betreffend Fördermassnahmen für die 7. bis 9. Klasse der Sekundarstufe I (angenommen am 21.11.2001).
In Bearbeitung.

Motion 066/01 Rytz (Bern) vom 2. April 2001 betreffend Sofortprogramm zur Attraktivierung der Lehrberufe (Punkt 1 abgelehnt, Punkt 2 bis 4 angenommen als Postulat am 21.11.2001).
Die Anliegen werden auf den Beginn des Studienjahres 2002/03 umgesetzt.

Motion 102/01 FDP (Erb, Zimmerwald) vom 1. Juni 2001 betreffend Strukturen der Berner Fachhochschule (angenommen als Postulat am 6.9.2001).
In Bearbeitung.

8.8.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Fristerstreckung bis Ende 2002

Motion 067/98 GFL (Sieber, Bern) vom 16. März 1998 betreffend bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte – bessere Schule (Punkt 1 und 2 abgelehnt, Punkt 3, 4, 5 und 6 angenommen als Postulat am 1.9.1998).
Die in Punkt 5 geforderten Evaluationsmethoden werden zurzeit im Projekt «Qualitätsentwicklung in Schulen (QES)» ausgetestet. Ihre Einführung in allen Schulen wird von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln abhängen. Zur Finanzierung der anderen Punkte fehlen noch die rechtlichen Grundlagen. Diese müssen im neuen Personal- und Personalvorsorgerecht geschaffen werden. Eine weitere Fristverlängerung wird notwendig sein, da die entsprechenden Arbeiten nicht bis Ende 2002 abgeschlossen werden können.

Fristerstreckung bis Ende 2003

Motion 229/98 Lack (Gümligen) vom 23. November 1998 betreffend Förderung des Englischunterrichts an Berner Schulen (Punkt 1 und 3 angenommen als Motion, Punkt 2 und 4 angenommen als Postulat am 24. 6. 1999, Fristerstreckung bis 2003 am 21. 11. 2001 gewährt).
Die Realisierung im Rahmen der Umsetzung des Gesamtsprachenkonzepts des Kantons Bern wird – unter anderem aus finanziellen Gründen – mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Motion 035/99 Erb (Zimmerwald) vom 26. Januar 1999 betreffend Berner Fachhochschule; Schaffung einer Führungsstruktur (angenommen am 28. 6. 1999, Fristerstreckung bis 2003 am 21. 11. 2001 gewährt).
Mit der überwiesenen Motion Erb wurde eine Überarbeitung der Fachhochschulgesetzgebung in Gang gesetzt. Die Überarbeitung der heutigen Gesetzesregelungen ist schon weit fortgeschritten. Ein erster, vernehmlassungsreifer Gesetzesentwurf liegt vor. Die Vernehmlassung ist im Frühjahr 2002 vorgesehen.

Motion 184/99 Guggisberg (Kirchlindach) vom 6. September 1999 betreffend zielgerichtete Berufsfortbildungen zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Bern (angenommen als Postulat am 3. 12. 1999, Fristerstreckung bis 2003 am 21. 11. 2001 gewährt).
Die Vorbereitungsarbeiten für die Gesamtplanung sollen im Jahr 2002 abgeschlossen werden. Zudem sind die weiteren Entscheidungen im Rahmen der strategischen Aufgabenüberprüfung abzuwarten.

8.8.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Postulat 238/84 Steiner (Zielebach) vom 6. September 1984 betreffend finanzielle Unterstützung für die bernischen Jugendmusiken (angenommen am 12. 2. 1985).
Wird im Anschluss an die Änderung des Dekretes über Musikschulen und Konservatorien erledigt (Einbezug in eine neue Verordnung), die ihrerseits im Jahr 2002 erfolgt.

Motion 211/96 Gerber (Thun) vom 2. September 1996 betreffend Straffung der Mittelschulstrukturen (angenommen als Postulat am 18. 3. 1997, Fristerstreckung bis 2000 am 1. 12. 1999 gewährt).
Die Schulen sprechen sich innerhalb der Abspracheregion beim Angebot der Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer ab. Ein breit abgestütztes Fächerangebot wird so sichergestellt, ohne dass wenig belegte Fächer an allen Schulen angeboten werden.
Es wurde ein Projektauftrag erteilt, gemäss dem für die Schulen mit Standort Bern-Kirchenfeld, Bern-Neufeld und Köniz-Lerbermatt optimale Führungsstrukturen für je eine Schule pro Standort ausgearbeitet werden. Gleichzeitig wird für die Schulen in Thun und Biel neben der Ausarbeitung optimaler Führungsstrukturen ebenfalls die Anzahl Schulen überprüft. Die beiden Maturitätsschulen in Langenthal haben eine Zusammenlegung bereits eingeleitet. Eine externe Projektbegleitung wird im Jahr 2002 Vorschläge für künftige Führungsstrukturen ausarbeiten. Die neuen Strukturen sollen im Schuljahr 2004/2005 umgesetzt werden.

Motion 210/98 Amstutz (Sigriswil) vom 16. November 1998 betreffend Transparente und marktgerechte Abgeltung von Lehre und Forschung für alle bernischen Spitäler (Punkt 1 bis 4 angenommen, Punkt 5 zurückgezogen am 24. 6. 1999; Fristerstreckung am 21. 11. 2001 abgelehnt).
Die Erhebung des Bundesamtes für Statistik (BFS) ist abgeschlossen, wurde jedoch noch nicht publiziert. Eine marktgerechte Abgeltung hängt auch von einer Überarbeitung des eidgenössischen Krankenversicherungsgesetzes ab. Die Umsetzung der Motion kann nur im gesamtschweizerischen Rahmen erfolgen, weil davon nicht nur die Spitäler im Kanton Bern betroffen sind. Sobald die Ergebnisse des BFS veröffentlicht sind, müssen durch die zuständigen Konkordatsgremien gesamtschweizerische Vorgaben erarbeitet werden.

Bern, 8. März 2002

Der Erziehungsdirektor: *Annoni*

Vom Regierungsrat genehmigt am 24. April 2002